begl. Abschrift

GEMEINSAME ANNAHMESTELLE
eingegangen am:
21.08.13 | 11-12 Uhr
BEI DEM AMTSGERICHT HAMBURG

BOEHMERT & BOEHMERT

ANWALTSSOZIETÄT

BOEHMERT & BOEHMERT Meinekestraße 26 10719 Berlin

Landgericht Hamburg
Kammer für Urheberrechtssachen
Sievekingplatz 1
20355 Hamburg

DR. ING. KARL BOEHMERT PA (1899–1973)
DIPL.-ING. ALBERT BOEHMERT PA (1902–1993)
WILHELM J. H. STAHLBERG RA, BREMEN
DR.-ING. WALTER HOORMANN PA*, BREMEN
PROF. DR. HEINZ GODDAR PA*, MÜNCHEN, SHANGHAI
DR.-ING. ROLAND LIESEGANG PA*, MÜNCHEN
WOLF-DIETER KUNTZE RA, BREMEN, ALICANTE
DR. LUDWIG KOUKER RA, BREMEN
MICHAELA HUTH-DIERIG RA, MÜNCHEN
DIPL.-PHYS. DR. MARION TÖNHARDT PA*, DÜSSELDORF
DIPL.-ING. EVA LIESEGANG PA*, MÜNCHEN
PROF. DR. AXEL NORDEMANN RA, BERLIN
DIPL.-PHYS. DR. STEFAN SCHOHE PA*, MÜNCHEN
DR.-ING. MATTHIAS PHILIPP PA*, BIELEFELD
DR. MARTIN WIRTZ RA, DÜSSELDORF, BERLIN
PROF. DR. JAN BERND NORDEMANN, LL.M. RA, BERLIN
DR. CHRISTIAN CZYCHOWSKI RA, BERLIN
DR. CARL-RICHARD HAARMANN RA, MÜNCHEN
DIPL.-PHYS. CHRISTIAN W. APPELT PA*, MÜNCHEN
DIPL.-PHYS. DR.-ING. UWE MANASSE PA*, BREMEN
DIPL.-PHYS. DR. THOMAS L. BITTNER PA*, BERLIN
DR. VOLKER SCHMITZ-FOHRMANN, M. JUR. RA, MÜNCHEN, PARIS
DIPL.-BIOL. DR. JAN B. KRAUSS PA*, BERLIN
DIPL.-BIOCHEM. DR. MARKUS ENGELHARD PA*, MÜNCHEN
DIPL.-CHEM. DR. KARL-HEINZ B. METTEN PA*, FRANKFURT
DIPL.-ING. NILS T. F. SCHMID PA*, DEA, MÜNCHEN, PARIS
DR. FLORIAN SCHWAB, LL.M. RA, LIC. EN DROIT, MÜNCHEN
DR. ANDREAS DUSTMANN, LL.M. RA, POTSDAM
DIPL.-CHEM. DR. VOLKER SCHOLZ PA*, BREMEN
DR. MARTIN SCHAEFER RA, BERLIN
DIPL.-PHYS. DR. MICHAEL HARTIG PA*, MÜNCHEN
DIPL.-PHYS. DR. STEFFEN SCHMIDT PA*, FRANKFURT
DR. ANDREAS LUCKE PA*, MÜNCHEN
DIPL.-CHEM. DR. UTE KILGER PA*, BERLIN
MALTE NENTWIG, LL.M. RA, BREMEN
DR. RUDOLF BÖCKENHOLT, LL.M. RA, BREMEN
DIPL.-ING. FELIX HERMANN PA*, MÜNCHEN

PROF. DR. WILHELM NORDEMANN RA, POTSDAM
DIPL.-PHYS. EDUARD BAUMANN PA*, HÖHENKIRCHEN
DIPL.-ING. HANS W. GROENING PA*, MÜNCHEN
DIPL.-ING. SIEGFRIED SCHIRMER PA*, BIELEFELD
DIPL.-PHYS. LORENZ HANEWINKEL, PA* (BIS 2012/UNTIL 2012)
DIPL.-ING. ANTON FREIHERR RIEDERER V. PAAR PA*, MÜNCHEN
DIPL.-CHEM. DR. KLAUS-DIETER LANGFINGER PA*, FRANKFURT
CHRISTOPH SCHMÖKEL RA, BERLIN
DR. JUR. DIPL.-ING. JAN TÖNNIES PA, RA, KIEL
DR. ANKE NORDEMANN-SCHIFFEL RA, M.E.D., POTSDAM
DR. KATRIN SEIBT RA, BREMEN
DR. THOMAS W. BODDIEN RA, BERLIN
DIPL.-BIOL. DR. MARTIN L. LOBEMEIER PA*, KIEL
DIPL.-BIOCHEM. DR. SIBYLLA M. GRAHN PA*, MÜNCHEN
GABRIELE PFISZTER RA, MÜNCHEN
DIPL.-PHYS. DR. XIA PFAFFENZELLER PA*, MÜNCHEN
DR. CATHARINA GÖTZ RA, MÜNCHEN
DR. BJÖRN BAHLMANN RA, MÜNCHEN
DIPL.-BIOCHEM. DR. THOMAS BÖHMER PA*, MÜNCHEN
DIPL.-PHYS. DR. KLAUS BEHRNDT PA*, MÜNCHEN
DIPL.-PHYS. DR. DENNIS KRETSCHMANN PA*, MÜNCHEN
PETER GROSS, LL.M. RA, MÜNCHEN
DIPL.-PHYS. CHRISTOPH ANGERHAUSEN PA, DÜSSELDORF
DIPL.-INFORM. FRITZ JETZEK PA, BREMEN
DR. JULIAN WAIBLINGER RA, BERLIN
DIPL.-INFORM. DR. JAKOB VALVODA PA*, MÜNCHEN
OLAF WOLTERS RA, BERLIN
DIPL.-BIOL. DR. DAVID KUTTENKEULER PA, MÜNCHEN
JAN RETHER RA, MÜNCHEN
BIRGIT BÜLTMANN RA, MÜNCHEN
DIPL.-WI.-ING. ROBERT KRATZ PA*, FRANKFURT
DIPL.-PHYS. DR. BJÖRN HÜLSEN PA*, BERLIN
DR. MICHAEL RÜBERG, LL.M. RA, MÜNCHEN
DIPL.-PHYS. DIPL.-KFM. DR. MATTHIAS HOLZ PA, MÜNCHEN
DR. GUIDO M. BECKER, LL.M. RA, BREMEN
CLAUDIA DEPPE RA, MÜNCHEN

PA PATENTANWALT/PATENT ATTORNEY
RA RECHTSANWALT/ATTORNEY AT LAW
* EUROPEAN PATENT ATTORNEY
VERTRETUNG VOR DEM HABM – MARKEN UND GESCHMACKSMUSTER
REPRESENTATION AT OHIM – TRADEMARKS AND DESIGNS

308 O 206/13

Ihr Zeichen/Your ref.	Ihr Schreiben/Your letter	Unser Zeichen/Our ref.	Berlin,
		DINN60007	12. August 2013

KLAGE

DIN Deutsches Institut für Normung e.V., vertreten durch seinen Vorstandsvorsitzenden Dr.-Ing. Torsten Bahke sowie seinen Vorstand Rüdiger Marquardt, Am DIN-Platz, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin,

- Kläger -

Prozessbevollmächtigte: Die Rechtsanwälte der Anwaltssozietät BOEHMERT & BOEHMERT Meinekestraße 26, 10719 Berlin,

g e g e n

- 29.606 -

1. Public.Resource.Org, Inc., vertreten durch den Präsidenten Carl Malamud, 1005 Gravenstein Highway North, Sebastopol, Kalifornien 95472, USA,

2. Herrn Carl Malamud, ebenda,

- Beklagte -

wegen: Urheberrechtsverletzung

Streitwert: EUR 50.000,00 (vorläufig geschätzt).

Im Namen und im Auftrag des Klägers erheben wir Klage. Im Termin zur mündlichen Verhandlung werden wir beantragen:

> *Die Beklagten werden verurteilt, es bei Meidung eines vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Ordnungsgeldes von bis zu EUR 250.000,00, und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, ersatzweise Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten (Ordnungshaft im Einzelfall höchstens EUR 250.000,00, Ordnungshaft insgesamt höchstens zwei Jahre), für die Beklagte zu 1. zu vollziehen an deren Präsident, - jeweils einzeln - zu unterlassen, technische Normen zum Abruf durch Internetnutzer von Orten und zu Zeiten nach ihrer Wahl öffentlich zugänglich zu machen, insbesondere über law.resource.org, nämlich*
>
> - *DIN EN 14781 (**Anlage K1**); und/oder*
> - *DIN EN 14782 (**Anlage K2**); und/oder*
> - *DIN EN 1400-1 deutsche Fassung (**Anlage K3**); und/oder*
> - *DIN EN 1400-1 englische Fassung (**Anlage K4**); und/oder*
> - *DIN EN 1400-2 deutsche Fassung (**Anlage K5**); und/oder*
> - *DIN EN 1400-2 englische Fassung (**Anlage K6**).*

Für den Fall, dass die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen, beantragen wir schon jetzt,

Versäumnisurteil

zu erlassen.

BEGRÜNDUNG:

Der Kläger ist die nationale Normungsorganisation Deutschlands. Die Beklagten machen über ihre Internetseiten viele urheberrechtlich geschützte Normen des Klägers für jedermann öffentlich zugänglich, ohne dass der Kläger dies den Beklagten erlaubt hätte. Mit dieser Klage wird diese Urheberrechtsverletzung der Beklagten geltend gemacht.

I.

1. Eine Norm ist ein den Stand der Technik widerspiegelndes Dokument, das in festgelegten Prozessen innerhalb einer Normungsorganisation entstanden ist. Normen regeln und erleichtern durch Festlegungen allgemeine und wiederkehrende Anwendungen. Sie können sich sowohl auf Produkte als auch auf Verfahren beziehen. Die Normung hat einen erheblichen Nutzen für die Volkswirtschaft, für Unternehmen und für Verbraucher. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass der volkswirtschaftliche Nutzen der Normung bei ca. EUR 15 Mrd. pro Jahr liegt. Internationale Normen erleichtern beispielsweise den internationalen Handel; Normen dienen ferner der Rationalisierung, der Qualitätssicherung, dem Schutz der Gesellschaft und der einfachen Handhabung von Produkten und Leistungen. Durch die Anwendung von Normen können Transaktionskosten, z.B. im Einkauf und bei Ausschreibungen, deutlich reduziert werden.

In Deutschland, aber auch in der restlichen Europäischen Union ist die Normung grundsätzlich keine staatliche Aufgabe. Die Erarbeitung der technischen Detailregelungen, die eine Norm ausmachen, ist vielmehr eine Selbstverwaltungsaufgabe der Wirtschaft. Normen haben deshalb für sich genommen keinerlei Gesetzeskraft. Die Anwendung von Normen ist freiwillig. Obwohl sie nur den Charakter von Empfehlungen haben, beruht ihre hohe Durchsetzungskraft auf dem großen Nutzen und den bei ihrer Erstellung versammelten Sachverstand. Erst durch staatliche Rechtsakte können Normen staatliche Verbindlichkeit erlangen, z.B. wenn in Gesetzen oder Verordnungen auf sie Bezug genommen wird.

2. Aufgrund eines Vertrages mit der Bundesrepublik Deutschland ist der Kläger als die nationale Normungsorganisation Deutschlands und als Vertreter deutscher Interessen in den europäischen und internationalen Normungsorganisationen anerkannt. Der Kläger ist ein gemeinnütziger Verein und hat fast 2000 Mitglieder. Mitglieder des Klägers sind Unternehmen, Verbände, Behörden und andere Institutionen aus Industrie, Handel, Handwerk und Wissenschaft, beispielsweise Siemens, Volkswagen, Daimler, Deutsche Bahn, ARD-Anstalten wie der Norddeutsche Rundfunk, aber auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, der Zentralverband des Deutschen Handwerks oder das Deutsche Patent- und Markenamt, um nur einige zu nennen.

Die Aufgabe des Klägers als nationale Normungsorganisation Deutschlands ist es, in geordneten und transparenten Verfahren die Normung und Standardisierung anzuregen, zu organisieren, zu steuern und zu moderieren.

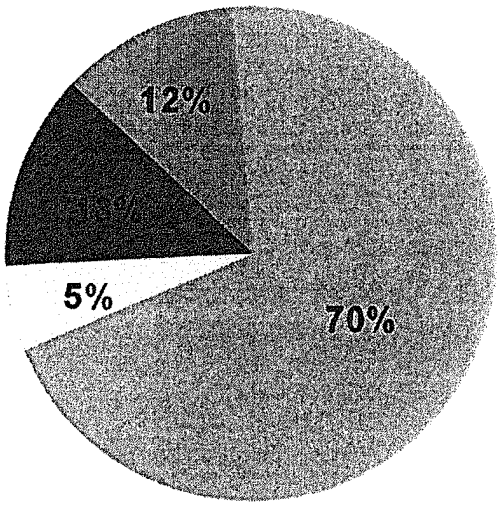
Die wohl bekannteste Norm des Klägers ist das Papierformat „A4“, oft auch „DIN A4“ genannt; die Normung erfolgte erstmals 1922 durch den Kläger in der Norm DIN 476. Von dort aus wurde diese Norm auch zu einem internationalen Standard.

3. Außerhalb Deutschlands wird auf europäischer Ebene die Normungsarbeit von dem sogenannten CEN, dem Comité Europeéen de Normalisation (Europäisches Komitee für Normung) mit Sitz in Brüssel verantwortet. Die CEN erarbeitet sogenannte „europäische Normen", auch abgekürzt mit „EN". Nach den internen Regularien des CEN sind die jeweiligen nationalen Normungsorganisationen – wie in Deutschland der Kläger – verpflichtet, europäische Normen in nationale Normen zu übernehmen. Die nationale deutsche Ausgabe einer europäischen Norm, die unverändert vom Kläger übernommen wird, trägt dann jeweils die Abkürzung „DIN EN" (Abkürzung des Klägers und der Bezeichnung „europäische Norm"). „DIN EN"-Normen gibt es sowohl in offizieller deutscher Sprachfassung als auch in offizieller englischer Sprachfassung.

   Neben der nationalen deutschen und der europäischen Normungsarbeit findet eine Normung auch auf internationaler Ebene statt, beispielsweise bei der „International Organization for Standardization" („ISO") mit Sitz in Genf. Übernimmt der Kläger eine internationale ISO-Norm, trägt diese beispielsweise die Bezeichnung „DIN ISO".

4. Als privatwirtschaftlicher gemeinnütziger Verein ist der Kläger mischfinanziert. Den größten Beitrag zur Finanzierung des Klägers leisten mit Abstand eigene Erträge; der Kläger ist zu 70% aus eigenen Erträgen finanziert. Dieser Erträge werden über angebotene Dienstleistungen und Produkte erwirtschaftet. Außerdem stammen 13% der Finanzierungen aus Projektmitteln der Wirtschaft, weitere 11% aus Projektmitteln der öffentlichen Hand und nur 6% sind Mitgliedsbeiträge. Nachfolgend blenden wir die Ertragsstruktur des Klägers aus dem Jahr 2012 in graphisch aufbereiteter Form ein:

Ertragsstruktur DIN-Gruppe 2012



Der Kläger ist also für seine Normungsarbeit darauf angewiesen, Erträge über Produkte und Dienstleistungen zu erwirtschaften. Insbesondere über seine Tochtergesellschaft, die Firma Beuth Verlag GmbH, Berlin, erwirtschaftet der Kläger diese Erträge mit der Vervielfältigung und Verbreitung seiner „DIN-Normen", aber auch mit der Lizenzierung solcher Normen zur Nutzung durch Dritte.

Das setzt allerdings voraus, dass die DIN-Normen des Klägers urheberrechtlich geschützt sind. Das ist seit langem anerkannt. Den urheberrechtlichen Schutz von DIN-Normen bei Inbezugnahme durch den Gesetzgeber in Form einer Referenzierung gewährleistet seit 2003 § 5 Abs. 3 UrhG. Danach behalten private Normwerke ihren urheberrechtlichen Schutz,

> *„wenn Gesetze, Verordnungen, Erlasse oder amtliche Bekanntmachungen auf sie verweisen, ohne ihren Wortlaut wiederzugeben."* (§ 5 Abs. 3 S. 1 UrhG).

Mit anderen Worten: Eine bloße amtliche Verweisung auf private Normwerke in Gesetzen, Verordnungen, Erlassen oder amtlichen Bekanntmachungen genügt nicht, damit ein privates Normwerk urheberrechtsfrei bleibt. Nur wenn sie in solche amtlichen Normen ausnahmsweise inkorporiert werden, entfällt der Urheberrechtsschutz für private Normwerke, was allerdings in der Praxis eine sehr seltene Ausnahme darstellt.

Hintergrund dieser Regelung war, dass der deutsche Gesetzgeber die Finanzierungsgrundlage für die Arbeit von privaten Normungsorganisationen in Deutschland und international als gefährdet ansah, falls das UrhG private Normwerke umfassend vom Urheberrechtsschutz ausgenommen hätte. Der Gesetzgeber des § 5 Abs. 3 UrhG erkannte ein berechtigtes Interesse der privaten Normungsorganisationen („verdienstvolle Gremien") an, die ihre Arbeit durch Vervielfältigung, und Verbreitung und andere Nutzung der von ihnen erarbeiteten Normen oder durch eine Veräußerung von Nutzungsrechten an den von ihnen erarbeiteten Normen zu finanzieren. Ansonsten hätte nach Auffassung des Gesetzgebers wegen der erheblichen Einschränkung der Selbstfinanzierung von Normungsorganisationen gedroht, dass diese mit „hohen staatlichen Subventionen" ausgestattet werden müssten (RegE UrhG Informationsgesellschaft, BT DS 15/38, Seite 16, abrufbar unter fromm-nordemann.de). § 5 Abs. 3 UrhG ist also eine grundsätzliche Entscheidung des Gesetzgebers für einen urheberrechtlichen Schutz von Normen, damit Normungsorganisation wie der Kläger sich selbst aus den Erträgen der Nutzung der Normen finanzieren und keine hohen staatlichen Subventionen in Anspruch nehmen müssen.

5. Der Kläger erwirbt die ausschließlichen Nutzungsrechte für alle Nutzungsarten für die bei ihm erarbeiteten Normwerke über Reverse von den Urhebern, die an der Erstellung der Normwerke beteiligt sind. Nach diesen Reversen erhält der Kläger das Recht, die Ergebnisse der Normungs- und Standardisierungsarbeit in körperlicher wie unkörper-

licher Form zu verwerten; insbesondere erhält der Kläger das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und öffentlichen Zugänglichmachung.

Bei europäischen Normen („DIN EN"), die der Kläger als DIN-Normen in Deutschland implementiert, sogenannte „DIN EN"-Normen, erwirbt der Kläger die ausschließlichen Rechte für alle Nutzungsarten vom CEN. Wie wir oben bereits kurz erwähnt haben, vertreibt das CEN seine europäischen Normen nicht selbst europaweit. Vielmehr obliegt der Vertrieb der Normen den einzelnen nationalen Normungsorganisationen, die auch Mitglied des CEN sind. In Deutschland ist das – wie gesagt – der Kläger. Im Hinblick auf „DIN EN"-Normen erwirbt der Kläger also vom CEN die ausschließlichen Nutzungsrechte für Deutschland. Die Einräumung solcher Rechte erfolgt sowohl nach den Statuten des CEN, aber auch im sogenannten „CEN Exploitation Agreement on copyright and trademark", der zuletzt am 3. April 2013 zwischen dem CEN und den europäischen Normungsorganisationen, darunter dem Kläger, abgeschlossen wurde. Darin heißt es gemäß Ziffer 3.1:

> *„In accordance with the terms and conditions set forth under this Agreement, CEN hereby grants each Member and its successor throughtout the Territory, free of charge, the irrevocable and exclusive right of exploitation of the CEN Publications."*

"Member" ist unter anderem der Kläger, sein "Territory" ist Deutschland.

Weiter heißt es in Ziff. 3.2.:

> *„The assignment provides for the right of each Member to use, reproduce, to distribute, to sub-distribute, to translate, to rent, to lend, to rerive revenue from duplication and loan, to communicate to the public in total or in part, in summary or with comments, to license the exploitation and to authorise all sublicenses on these Publications, by any means and by any form."*

Entsprechend der vorgenannten Regelung tragen „DIN EN"-Normen auch folgende „©"-Vermerke:

> *„© No part of this standard may be reproduced without the prior permission of DIN Deutsches Institut für Normung e.V., Berlin*
>
> *Beuth Verlag GmbH, D-10772 Berlin, has the exclusive right of sale for German standards (DIN-Normen)."*

Auf deutschsprachigen "DIN EN"-Normen heißt es dem entsprechend:

> *„© DIN Deutsches Institut für Normung e.V. – Jede Art der Vervielfältigung, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des DIN Deutsches Institut für Normung e.V., Berlin, gestattet.*
>
> *Alleinverkauf der Normen durch Beuth Verlag GmbH, 10772 Berlin."*

Auf der ersten Seite der implementierten europäischen Norm heißt es:

> „© [Jahreszahl]. *CEN – All rights of exploitation in any form and by any means reserved worldwide for CEN national members."*

In deutschsprachigen „DIN EN"-Normen heißt es auf der ersten Seite der übernommenen europäischen Norm:

> „© [Jahreszahl] *CEN – Alle Rechte der Verwertung, gleich in welcher Form und in welchem Verfahren, sind weltweit den nationalen Mitgliedern von CEN vorbehalten."*

6. Dem entsprechend ist der Kläger für Deutschland ausschließlicher Inhaber der Rechte der öffentlichen Zugänglichmachung im Internet für „DIN EN"-Normen. Davon existieren eine große Zahl, für diese Klage sind folgende „DIN EN"-Normen relevant:

- DIN EN 14781 „Rennräder – sicherheitstechnische Anforderungen und Prüfverfahren" („Racing bicycles – Safety requirements and test methods"), hier in der englischen Version; es handelt sich – wie gesagt – um eine europäische Norm, nämlich EN 14781, die der Kläger als DIN EN 14781 als nationale deutsche Norm implementiert hat. Wir fügen als **Anlage K7** einen Ausdruck dieser Norm DIN EN 14781 bei.

- DIN EN 14782 „Selbsttragende Dachdeckungs- und Wandbekleidungselemente für die Innen- und Außenanwendung aus Metallblech – Produktspezifikation und Anforderungen" („self-supporting metal sheet for roofing, external cladding and internal lining – Product specification and requirements"), hier in der englischen Version; es handelt sich – wie gesagt – um eine europäische Norm, nämlich EN 14782, die der Kläger als DIN EN 14782 als nationale deutsche Norm implementiert hat. Wir fügen als **Anlage K8** einen Ausdruck dieser Norm DIN EN 14782 bei.

- DIN EN 1400-1 „Artikel für Säuglinge und Kleinkinder – Schnuller für Säuglinge und Kleinkinder - Teil 1: Allgemeine sicherheitstechnische Anforderungen und Produktinformationen" („child use and care articles – soothers for babys and young children – part 1: General safety requirements and product information"), hier in der englischen Version; es handelt sich – wie gesagt – um eine europäische Norm, nämlich EN 1400-1, die der Kläger als DIN EN 1400-1 als nationale deutsche Norm implementiert hat. Wir fügen als **Anlage K9** einen Ausdruck dieser

Norm DIN EN 1400-1 in deutscher Sprachfassung bei, die englische Version hiervon als **Anlage K10**.

- DIN EN 1400-2 „Artikel für Säuglinge und Kleinkinder – Schnuller für Säuglinge und Kleinkinder - Teil 2: Mechanische Anforderungen und Prüfungen" („child use and care articles – soothers for babys and young children – part 2: Mechanical requirements and tests"), hier in der englischen Version; es handelt sich – wie gesagt – um eine europäische Norm, nämlich EN 1400-2, die der Kläger als DIN EN 1400-2 als nationale deutsche Norm implementiert hat. Wir fügen als **Anlage K11** einen Ausdruck dieser Norm DIN EN 1400-2 in deutscher Sprachfassung bei, die englische Version hiervon als **Anlage K12.**

Alle vorgenannten Normen (**Anlagen K7 bis K12**) tragen die für „DIN EN"-Normen üblichen „©"-Vermerke zu Gunsten des Klägers, mithin tragen die englischsprachigen „DIN EN"-Normen (**Anlagen K7, K8, K10, K12**) den folgenden „©"-Vermerk auf der ersten Seite:

> *„© No part of this standard may be reproduced without the prior permission of DIN Deutsches Institut für Normung e.V., Berlin*
>
> *Beuth Verlag GmbH, D-10772 Berlin, has the exclusive right of sale for German standards (DIN-Normen)."*

Auf der ersten Seite der deutschsprachigen „DIN EN"-Normen (**Anlagen K9, K11**) heißt es dem entsprechend:

> *„© DIN Deutsches Institut für Normung e.V. – Jede Art der Vervielfältigung, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des DIN Deutsches Institut für Normung e.V., Berlin, gestattet.*

Alleinverkauf der Normen durch Beuth Verlag GmbH, 10772 Berlin."

Auf der ersten Seite der implementierten europäischen Norm heißt es in den englischen Fassungen (**Anlagen K 7, K8, K9, K10, K12**):

„© [Jahreszahl]. *CEN – All rights of exploitation in any form and by any means reserved worldwide for CEN national members."*

In deutschsprachigen „DIN EN"-Normen (**Anlagen K9, K11**) heißt es auf der ersten Seite der übernommenen europäischen Norm:

„© [Jahreszahl] *CEN – Alle Rechte der Verwertung, gleich in welcher Form und in welchem Verfahren, sind weltweit den nationalen Mitgliedern von CEN vorbehalten."*

In deutschsprachigen „DIN EN"-Normen heißt es auf der ersten Seite der übernommenen europäischen Norm:

„© [Jahreszahl] *CEN – Alle Rechte der Verwertung, gleich in welcher Form und in welchem Verfahren, sind weltweit den nationalen Mitgliedern von CEN vorbehalten."*

Aufgrund des vorgenannten „©"-Vermerkes hat sich der Kläger vorsorglich durch seine Tochtergesellschaft, die Firma Beuth Verlag GmbH, ermächtigen lassen, Unterlassungsansprüche im Hinblick auf die streitgegenständlichen Normen im eigenen Namen im hiesigen Verfahren geltend machen zu dürfen.

Bei den vorgenannten „DIN EN"-Normen handelt es sich durchweg um sogenannte „nicht bindende nationale Normen" gemäß Art. 3 Abs. 2 Unterabsatz 2 Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Dezember 2001 über

die allgemeine Produktsicherheit („Produktsicherheitsrichtlinien"). Wir fügen die Produktsicherheitsrichtlinie als **Anlage K13** bei. Die Produktsicherheitsrichtlinie geht davon aus, dass ein Produkt sicher ist, wenn es den nicht bindenden nationalen Normen entspricht, die eine europäische Norm umsetzen, auf die die Kommission gemäß Art. 4 Produktsicherheitsrichtlinie im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft verwiesen hat (Art. 3 Abs. 2 2. Unterabsatz Produktsicherheitsrichtlinie). In Art. 4 Abs. 2 Produktsicherheitsrichtlinie ist geregelt, dass die Kommission im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft einen Verweis auf die relevanten europäischen Normen veröffentlicht. Dieser Verweis ist zuletzt veröffentlicht worden im Amtsblatt der Europäischen Union vom 28. Februar 2012, C59, dort Seiten 4 ff. Wir fügen einen Auszug aus diesem Amtsblatt als **Anlage K14** bei. Wie sich aus Seite 4 des vorgenannten Amtsblattes der EU vom 28. Februar 2012 (C59) ergibt, sind unter den dort veröffentlichten Verweisen auf Normen insbesondere Verweise auf die vorgenannten Normen, nämlich auf die Normen „EN 14781" (Amtsblatt C59 Seite 7), „EN 1400-1" (Amtsblatt C59 Seite 5) und „EN 1400-2" (Amtsblatt C59 Seite 5).

Der Text der Produktsicherheitsrichtlinie verweist also lediglich auf diese Normen, gibt sie aber nicht in ihrem Wortlaut wieder. Das Gleiche gilt für das deutsche Produktsicherheitsgesetz, mit dem die Produktsicherheitsrichtlinie umgesetzt wurde.

Die DIN-Norm „DIN EN 14782" (**Anlage** K8) findet sich indes – anders als bei den Beklagten angegeben – nicht unter den Normen, auf die im Amtsblatt der EU vom 28. Februar 2012 (C59; **Anlage K14**) verwiesen worden wäre. Auch sonst wird diese Norm nicht durch die Produktsicherheitsrichtlinie oder das Deutsche Produktsicherheitsgesetz in Bezug genommen oder sonstwie erwähnt. Sie wird auch nicht in irgendeinem anderen Gesetz, einer anderen Verordnung etc. referenziert. Insoweit ist auch

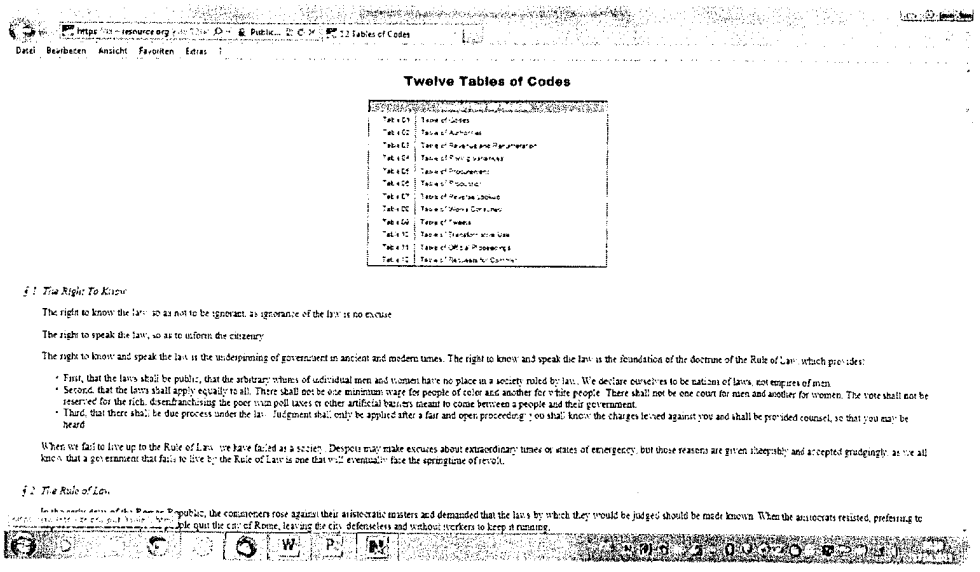
für die Norm „DIN EN 14782“ nicht ersichtlich, dass es sich um ein amtliches Werk gemäß § 5 Abs. 1 UrhG handeln könnte.

7. Die Beklagte zu 1. macht auf ihrer Website „law.resource.org“ die vorgenannten „DIN EN“-Normen (**Anlagen K7 bis K12**) zum Download für deutsche Internetnutzer öffentlich zugänglich.

Die Beklagte zu 1. ist eine US-amerikanische „Nonprofit Corporation“, die sich offenbar dem Ziel verschrieben hat, dass sie Regierungsinformationen zugänglich machen möchte; auf ihrer Eingangsseite wirbt sie jedenfalls für sich mit dem Slogan „Making Government Information More Accessible“. Wir blenden hierzu den nachfolgenden Screenshot ein:

Klickt man auf den angebotenen Link „law.resource.org“ oben in der Mitte der Startseite, kommt auf „law.resource.org“; von dort aus kann man sich über „12 Tables of Public Safety Codes“

zu einer neuen Seite „Twelve Tables of Codes“



Klickt man auf „Table 01 Table of Codes“ direkt im „Directory of Tables“ unter der Überschrift „Twelve Tables of Codes“, gelangt man zur Übersicht „Table 01: Table of Codes“:

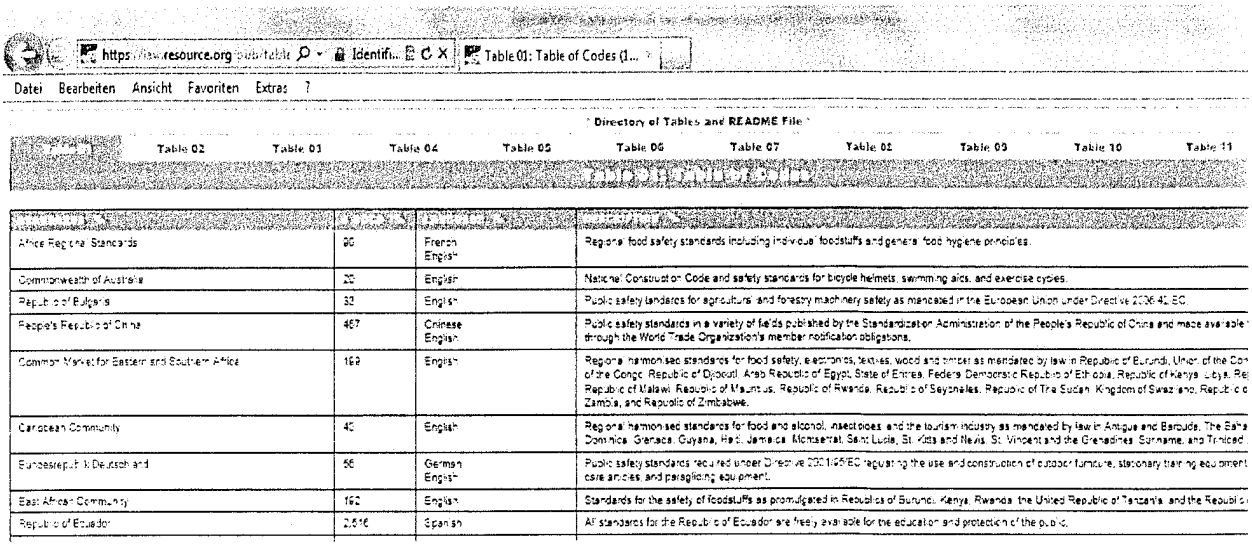


Table 01: Table of Codes (1...

Datei Bearbeiten Ansicht Favoriten Extras ?

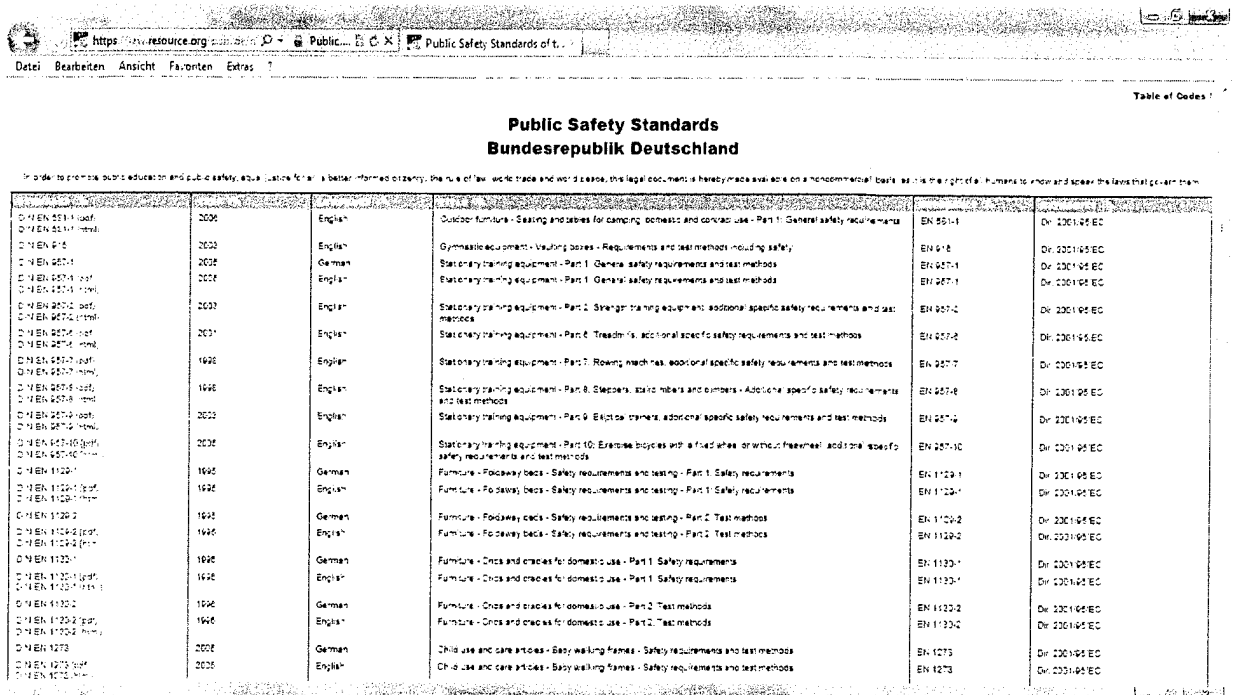
Directory of Tables and README File

Table 02 Table 03 Table 04 Table 05 Table 06 Table 07 Table 08 Table 09 Table 10 Table 11

Africa Regional Standards	90	French English	Regional food safety standards including individual foodstuffs and general food hygiene principles.
Commonwealth of Australia	20	English	National Construction Code and safety standards for bicycle helmets, swimming aids, and exercise cycles.
Republic of Bulgaria	32	English	Public safety tandards for agriculture and forestry machinery safety as mandated in the European Union under Directive 2006/42/EC.
People's Republic of China	467	Chinese English	Public safety standards in a variety of fields published by the Standardization Administration of the People's Republic of China and made available through the World Trade Organization's member notification obligations.
Common Market for Eastern and Southern Africa	169	English	Regional harmonised standards for food safety, electronics, textiles, wood and timber as mandated by law in Republic of Burundi, Union of the Comoros, Republic of the Congo, Republic of Djibouti, Arab Republic of Egypt, State of Eritrea, Federal Democratic Republic of Ethiopia, Republic of Kenya, Libya, Republic of Malawi, Republic of Mauritius, Republic of Rwanda, Republic of Seychelles, Republic of The Sudan, Kingdom of Swaziland, Republic of Zambia, and Republic of Zimbabwe.
Caribbean Community	40	English	Regional harmonised standards for food and alcohol, insecticides, and the tourism industry as mandated by law in Antigua and Barbuda, The Bahamas, Dominica, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaica, Montserrat, Saint Lucia, St. Kitts and Nevis, St. Vincent and the Grenadines, Suriname, and Trinidad
Bundesrepublik Deutschland	56	German English	Public safety standards required under Directive 2001/95/EC regulating the use and construction of outdoor furniture, stationary training equipment, care articles, and paragliding equipment.
East African Community	160	English	Standards for the safety of foodstuffs as promulgated in Republics of Burundi, Kenya, Rwanda, the United Republic of Tanzania, and the Republic
Republic of Ecuador	2,516	Spanish	All standards for the Republic of Ecuador are freely available for the education and protection of the public.

Dort macht die Beklagte zu 1. unter „Bundesrepublik Deutschland“ insgesamt 56 DIN-EN-Normen entweder in englischer oder deutscher Sprachfassung zum Abruf öffentlich zugänglich. Ausdrücklich sollen sich die Normen auf die „Directive 2001/95/EC“ beziehen, also auf die vorgenannte Produktsicherheitsrichtlinie. Es werden auch offensichtlich deutsche Nutzer mit dem deutschen Begriff „Bundesrepublik Deutschland“ mit angesprochen.

Klickt man auf „Bundesrepublik Deutschland“, gelangt der Nutzer zu einer Website, die überschrieben ist mit „Public Safety Standards Bundesrepublik Deutschland“. Dort sind die vorgenannten Normen einzeln zum Abruf aufgelistet;



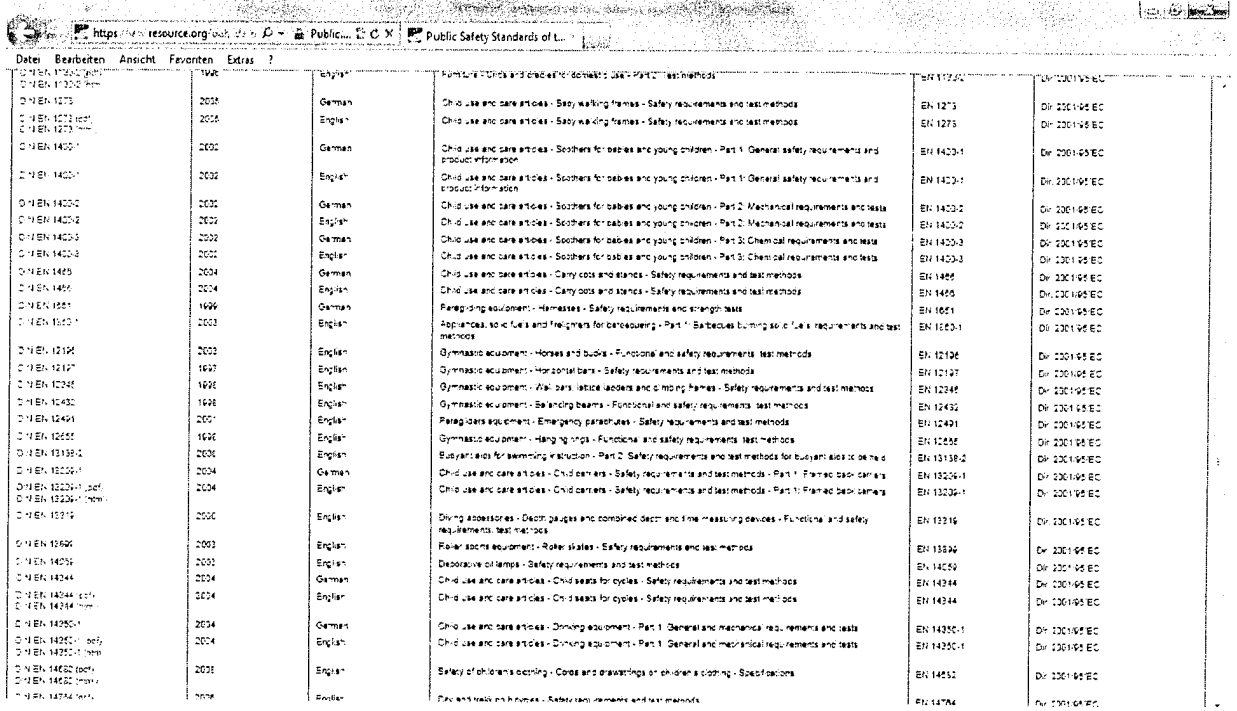
Datei Bearbeiten Ansicht Favoriten Extras ?

Table of Codes

Public Safety Standards
Bundesrepublik Deutschland

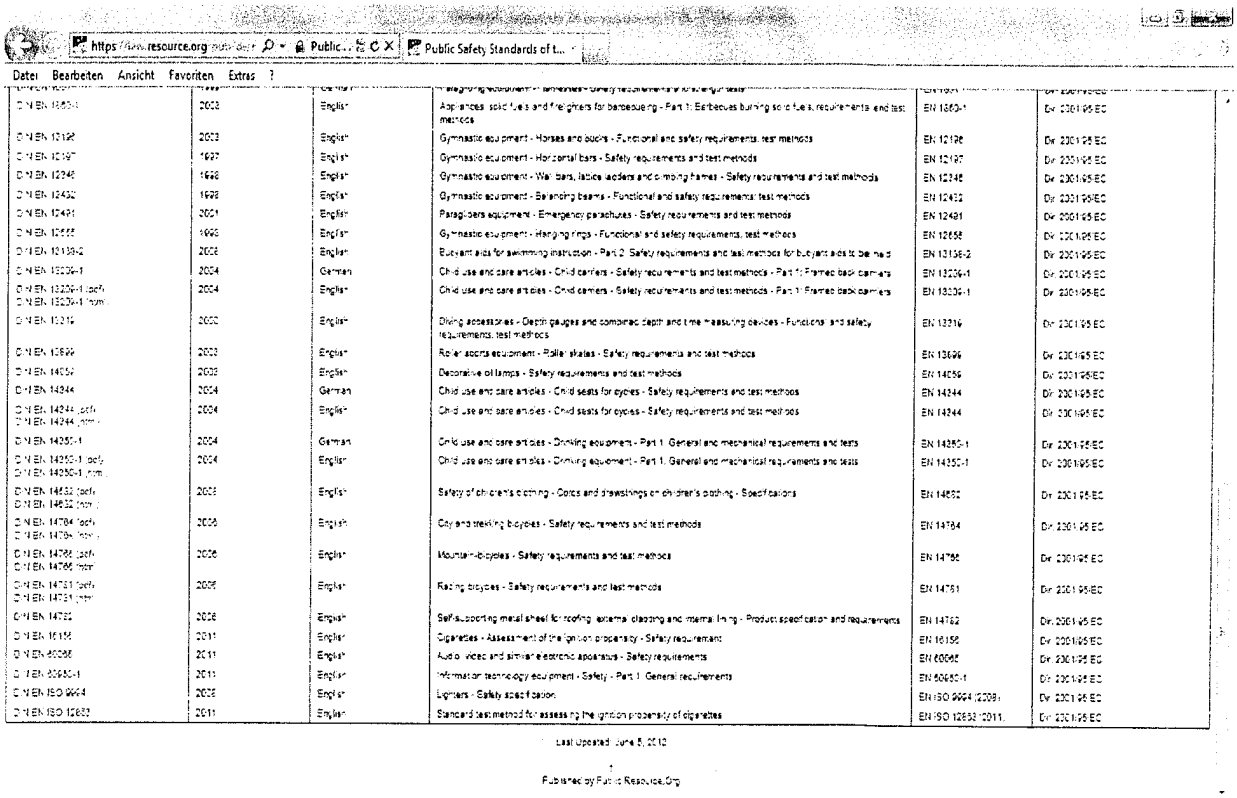
In order to promote public education and public safety, equal justice for all, a better informed citizenry, the rule of law worldwide and world peace, this legal document is hereby made available on a noncommercial basis, as it is the right of all humans to know and speak the laws that govern them.

D / N EN 581-1 (pdf) D / N EN 581-1 (html)	2006	English	Outdoor furniture - Seating and tables for camping, domestic and contract use - Part 1: General safety requirements	EN 581-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 916	2003	English	Gymnastic equipment - Vaulting boxes - Requirements and test methods including safety	EN 916	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 957-1	2005	German	Stationary training equipment - Part 1: General safety requirements and test methods	EN 957-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 957-1 (pdf) D / N EN 957-1 (html)	2005	English	Stationary training equipment - Part 1: General safety requirements and test methods	EN 957-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 957-2 (pdf) D / N EN 957-2 (html)	2003	English	Stationary training equipment - Part 2: Strength training equipment, additional specific safety requirements and test methods	EN 957-2	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 957-5 (pdf) D / N EN 957-5 (html)	2001	English	Stationary training equipment - Part 5: Treadmills, additional specific safety requirements and test methods	EN 957-5	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 957-7 (pdf) D / N EN 957-7 (html)	1998	English	Stationary training equipment - Part 7: Rowing machines, additional specific safety requirements and test methods	EN 957-7	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 957-8 (pdf) D / N EN 957-8 (html)	1998	English	Stationary training equipment - Part 8: Steppers, stair climbers and climbers - Additional specific safety requirements and test methods	EN 957-8	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 957-9 (pdf) D / N EN 957-9 (html)	2003	English	Stationary training equipment - Part 9: Elliptical trainers, additional specific safety requirements and test methods	EN 957-9	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 957-10 (pdf) D / N EN 957-10 (html)	2005	English	Stationary training equipment - Part 10: Exercise bicycles with a fixed saddle or without freewheel, additional specific safety requirements and test methods	EN 957-10	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1129-1	1995	German	Furniture - Foldaway beds - Safety requirements and testing - Part 1: Safety requirements	EN 1129-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1129-1 (pdf) D / N EN 1129-1 (html)	1995	English	Furniture - Foldaway beds - Safety requirements and testing - Part 1: Safety requirements	EN 1129-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1129-2	1995	German	Furniture - Foldaway beds - Safety requirements and testing - Part 2: Test methods	EN 1129-2	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1129-2 (pdf) D / N EN 1129-2 (html)	1995	English	Furniture - Foldaway beds - Safety requirements and testing - Part 2: Test methods	EN 1129-2	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1130-1	1996	German	Furniture - Chairs and stools for domestic use - Part 1: Safety requirements	EN 1130-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1130-1 (pdf) D / N EN 1130-1 (html)	1996	English	Furniture - Chairs and stools for domestic use - Part 1: Safety requirements	EN 1130-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1130-2	1996	German	Furniture - Chairs and stools for domestic use - Part 2: Test methods	EN 1130-2	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1130-2 (pdf) D / N EN 1130-2 (html)	1996	English	Furniture - Chairs and stools for domestic use - Part 2: Test methods	EN 1130-2	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1273	2005	German	Child use and care articles - Baby walking frames - Safety requirements and test methods	EN 1273	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1273 (pdf) D / N EN 1273 (html)	2005	English	Child use and care articles - Baby walking frames - Safety requirements and test methods	EN 1273	Dir. 2001/95/EC



Datei Bearbeiten Ansicht Favoriten Extras ?

D / N EN 1130-2 (pdf) D / N EN 1130-2 (html)	1996	English	Furniture - Chairs and stools for domestic use - Part 2: Test methods	EN 1130-2	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1273	2005	German	Child use and care articles - Baby walking frames - Safety requirements and test methods	EN 1273	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1273 (pdf) D / N EN 1273 (html)	2005	English	Child use and care articles - Baby walking frames - Safety requirements and test methods	EN 1273	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1400-1	2002	German	Child use and care articles - Soothers for babies and young children - Part 1: General safety requirements and product information	EN 1400-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1400-1	2002	English	Child use and care articles - Soothers for babies and young children - Part 1: General safety requirements and product information	EN 1400-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1400-2	2002	German	Child use and care articles - Soothers for babies and young children - Part 2: Mechanical requirements and tests	EN 1400-2	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1400-2	2002	English	Child use and care articles - Soothers for babies and young children - Part 2: Mechanical requirements and tests	EN 1400-2	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1400-3	2002	German	Child use and care articles - Soothers for babies and young children - Part 3: Chemical requirements and tests	EN 1400-3	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1400-3	2002	English	Child use and care articles - Soothers for babies and young children - Part 3: Chemical requirements and tests	EN 1400-3	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1466	2004	German	Child use and care articles - Carry cots and stands - Safety requirements and test methods	EN 1466	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1466	2004	English	Child use and care articles - Carry cots and stands - Safety requirements and test methods	EN 1466	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1651	1999	German	Paragliding equipment - Harnesses - Safety requirements and strength tests	EN 1651	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 1860-1	2003	English	Appliances, solid fuels and firelighters for barbequeing - Part 1: Barbecues burning solid fuels - requirements and test methods	EN 1860-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 12196	2003	English	Gymnastic equipment - Horses and bucks - Functional and safety requirements, test methods	EN 12196	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 12197	1997	English	Gymnastic equipment - Horizontal bars - Safety requirements and test methods	EN 12197	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 12346	1998	English	Gymnastic equipment - Wall bars, ladders and climbing frames - Safety requirements and test methods	EN 12346	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 12435	1998	English	Gymnastic equipment - Balancing beams - Functional and safety requirements, test methods	EN 12435	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 12491	2001	English	Paragliders equipment - Emergency parachutes - Safety requirements and test methods	EN 12491	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 12655	1999	English	Gymnastic equipment - Hanging rings - Functional and safety requirements, test methods	EN 12655	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 13138-2	2006	English	Buoyant aids for swimming instruction - Part 2: Safety requirements and test methods for buoyant aids to be worn	EN 13138-2	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 13209-1	2004	German	Child use and care articles - Child carriers - Safety requirements and test methods - Part 1: Framed back carriers	EN 13209-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 13209-1 (pdf) D / N EN 13209-1 (html)	2004	English	Child use and care articles - Child carriers - Safety requirements and test methods - Part 1: Framed back carriers	EN 13209-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 13319	2000	English	Diving accessories - Depth gauges and combined depth and time measuring devices - Functional and safety requirements, test methods	EN 13319	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 13899	2003	English	Roller sports equipment - Roller skates - Safety requirements and test methods	EN 13899	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 14059	2003	English	Decorative oil lamps - Safety requirements and test methods	EN 14059	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 14344	2004	German	Child use and care articles - Child seats for cycles - Safety requirements and test methods	EN 14344	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 14344 (pdf) D / N EN 14344 (html)	2004	English	Child use and care articles - Child seats for cycles - Safety requirements and test methods	EN 14344	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 14350-1	2004	German	Child use and care articles - Drinking equipment - Part 1: General and mechanical requirements and tests	EN 14350-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 14350-1 (pdf) D / N EN 14350-1 (html)	2004	English	Child use and care articles - Drinking equipment - Part 1: General and mechanical requirements and tests	EN 14350-1	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 14682 (pdf) D / N EN 14682 (html)	2005	English	Safety of children's clothing - Cords and drawstrings on children's clothing - Specifications	EN 14682	Dir. 2001/95/EC
D / N EN 14764 (pdf)	2005	English	City and trekking bicycles - Safety requirements and test methods	EN 14764	Dir. 2001/95/EC



https://www.resource.org Public... Public Safety Standards of t...

Datei Bearbeiten Ansicht Favoriten Extras ?

	2003	English	Appliances solid fuels and firelighters for barbequeing - Part 1: Barbecues burning solid fuels, requirements and test methods	EN 1860-1	Dir 2001/95/EC
	2003	English	Gymnastic equipment - Horses and socks - Functional and safety requirements, test methods	EN 12196	Dir 2001/95/EC
	1997	English	Gymnastic equipment - Horizontal bars - Safety requirements and test methods	EN 12197	Dir 2001/95/EC
	1998	English	Gymnastic equipment - Wall bars, ladice ladders and climbing frames - Safety requirements and test methods	EN 12346	Dir 2001/95/EC
	1998	English	Gymnastic equipment - Balancing beams - Functional and safety requirements, test methods	EN 12402	Dir 2001/95/EC
	2001	English	Paragliders equipment - Emergency parachutes - Safety requirements and test methods	EN 12491	Dir 2001/95/EC
	1998	English	Gymnastic equipment - Hanging rings - Functional and safety requirements, test methods	EN 12568	Dir 2001/95/EC
	2006	English	Buoyant aids for swimming instruction - Part 2: Safety requirements and test methods for buoyant aids to be worn	EN 13138-2	Dir 2001/95/EC
	2004	German	Child use and care articles - Child carriers - Safety requirements and test methods - Part 1: Framed back carriers	EN 13209-1	Dir 2001/95/EC
	2004	English	Child use and care articles - Child carriers - Safety requirements and test methods - Part 1: Framed back carriers	EN 13209-1	Dir 2001/95/EC
	2002	English	Diving accessories - Depth gauges and combined depth and time measuring devices - Functional and safety requirements, test methods	EN 13319	Dir 2001/95/EC
	2003	English	Roller sports equipment - Roller skates - Safety requirements and test methods	EN 13699	Dir 2001/95/EC
	2003	English	Decorative oil lamps - Safety requirements and test methods	EN 14059	Dir 2001/95/EC
	2004	German	Child use and care articles - Child seats for cycles - Safety requirements and test methods	EN 14344	Dir 2001/95/EC
	2004	English	Child use and care articles - Child seats for cycles - Safety requirements and test methods	EN 14344	Dir 2001/95/EC
	2004	German	Child use and care articles - Drinking equipment - Part 1: General and mechanical requirements and tests	EN 14350-1	Dir 2001/95/EC
	2004	English	Child use and care articles - Drinking equipment - Part 1: General and mechanical requirements and tests	EN 14350-1	Dir 2001/95/EC
	2005	English	Safety of children's clothing - Cords and drawstrings on children's clothing - Specifications	EN 14682	Dir 2001/95/EC
	2005	English	City and trekking bicycles - Safety requirements and test methods	EN 14764	Dir 2001/95/EC
	2005	English	Mountain bicycles - Safety requirements and test methods	EN 14766	Dir 2001/95/EC
	2005	English	Racing bicycles - Safety requirements and test methods	EN 14781	Dir 2001/95/EC
	2005	English	Self-supporting metal sheet for roofing, external cladding and internal lining - Product specification and requirements	EN 14782	Dir 2001/95/EC
	2011	English	Cigarettes - Assessment of the ignition propensity - Safety requirement	EN 16156	Dir 2001/95/EC
	2011	English	Audio, video and similar electronic apparatus - Safety requirements	EN 60065	Dir 2001/95/EC
	2011	English	Information technology equipment - Safety - Part 1: General requirements	EN 60950-1	Dir 2001/95/EC
	2005	English	Lighters - Safety specification	EN ISO 9994 (2008)	Dir 2001/95/EC
	2011	English	Standard test method for assessing the ignition propensity of cigarettes	EN ISO 12863 (2011)	Dir 2001/95/EC

Last Updated: June 5, 2012

Published by Public.Resource.Org

Am Ende dieser Aufstellung übernimmt die Beklagte zu 1. auch ausdrücklich die Verantwortung für die öffentliche Zugänglichmachung („Published by Public Resource.org“).

Die jeweiligen Normen sind dann abrufbar bei Klick auf die Normbezeichnung. Um diese Klage nicht zu überfrachten, machen wir hier nur die öffentliche Zugänglichmachung folgender sechs „DIN EN“-Normen des Klägers geltend; der Kläger behält sich seine Rechte im Hinblick auf die übrigen nicht streitgegenständlichen Normen vor:

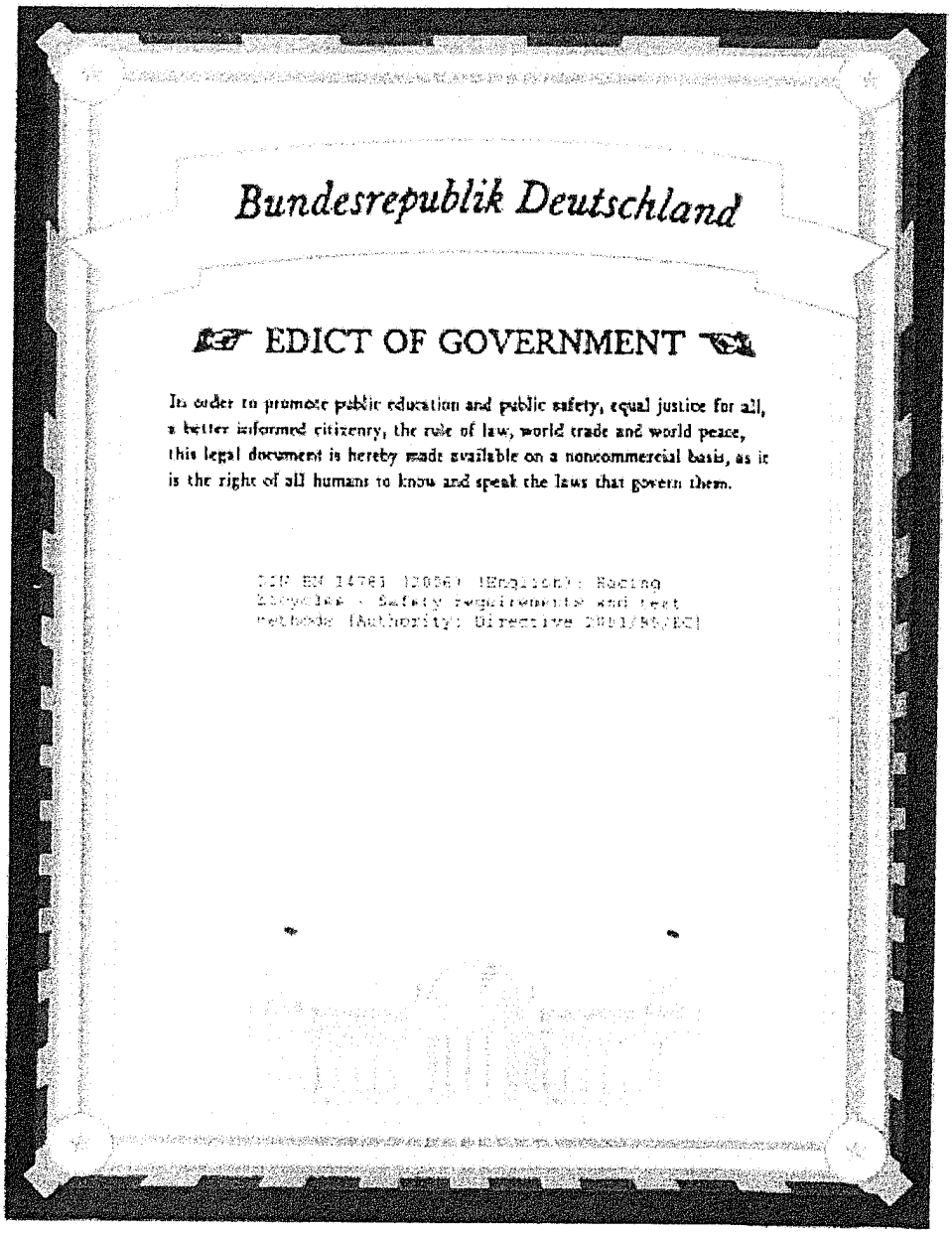
- Bei Klick auf DIN EN 14781 ist die entsprechende DIN EN-Norm des Klägers abrufbar gemäß **Anlage K1**;

- Bei Klick auf DIN EN 14782 ist die entsprechende DIN EN-Norm des Klägers abrufbar gemäß **Anlage K2**;

- Bei Klick auf DIN EN 1400-1 ist die entsprechende DIN EN-Norm des Klägers abrufbar gemäß **Anlage K3** (deutsche Fassung); englische Fassung **Anlage K4**;

- Bei Klick auf DIN EN 1400-2 ist die entsprechende DIN EN-Norm des Klägers abrufbar gemäß **Anlage K5** (deutsche Fassung); englische Fassung **Anlage K6**.

Wie sich aus den **Anlagen K1 bis K6** ergibt, schaltet der Kläger der öffentlichen Wiedergabe der DIN EN-Normen stets ein Deckblatt voran, und zwar wie folgt (beispielhaft DIN EN 14781):



Anders als dieses Cover „Bundesrepublik Deutschland – Edict of Government“ mit Abbildung des Reichstages suggeriert, hat die Beklagte zu 1. allerdings keine Zustim-

mung der Bundesrepublik Deutschland oder anderer staatlicher Organe in Deutschland zur öffentlichen Zugänglichmachung der vorgenannten Normen. Auch der Kläger als Rechteinhaber hat keine Zustimmung zu dieser öffentlichen Zugänglichmachung gegeben geschweige das CEN. Die öffentliche Zugänglichmachung ist damit rechtsverletzend.

8. Der Beklagte zu 2. hat als Präsident der Beklagten zu 1. diese öffentlichen Zugänglichmachungen veranlasst. Er übernimmt auf der Website der Beklagten zu 1. als deren Präsident auch umfassend Verantwortung für die Aktivitäten der Beklagten zu 1.

II.

Dem Kläger steht gegen die Beklagten ein Anspruch auf Unterlassung der öffentlichen Zugänglichmachung der Normen gemäß **Anlagen K1 bis K6** aus § 97 Abs. 1 S. 1 UrhG zu.

1. Auch auf die streitgegenständliche öffentliche Zugänglichmachung gemäß **Anlagen K1 bis K6** ist deutsches Urheberrecht anwendbar. Nach Art. 1 Abs. 1 ROM-II-Verordnung ist bei einer Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums, also auch des Urheberrechts, das Recht des Staates anzuwenden, das für den Schutz beansprucht wird (sogenanntes Schutzlandprinzip). Der Klägerin beansprucht Schutz in Deutschland.

   Deutsche Gerichte sind zur Entscheidung über den Fall international zuständig, sofern der Kläger schlüssig vorgetragen hat, dass im Inland ein im Sinne des Art. 5 Nr. 3 Brüssel-I-VO schädigendes Ereignis eingetreten ist (GRUR 2012, 1069 Tz. 17 – *Hi Hotel*; *Nordemann-Schiffel* in Fromm/Nordemann, Urheberrecht, 10. Aufl. 2008, vor

§§ 120 ff. UrhG Rn. 96). Eine solche Rechtsverletzung in Deutschland ist gegeben, siehe dazu unten Ziffer 4..

2. Die streitgegenständlichen Normen gemäß **Anlagen K7 bis K12** genießen als Werke urheberrechtlichen Schutz nach § 2 UrhG. Es handelt sich um Schriftwerke gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 UrhG und um Darstellungen wissenschaftlicher oder technischer Art. gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 7 UrhG. Voraussetzung ist nach § 2 Abs. 2 UrhG eine individuelle geistige Schöpfung. Für den sprachlichen Teil von Normen (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 UrhG) kann sich ein urheberrechtlicher Schutz insbesondere aus der Art der „Sammlung, Auswahl, Einteilung und Anordnung des Stoffes" ergeben. Überdies zeichnen sich nach der BGH-Rechtsprechung Regelwerke dadurch aus, dass sie technische Vorgaben nicht nur als solche wiedergeben, sondern im Einzelnen verständlich beschreiben; es können deshalb auch hier Ausdrucksvermögen und Klarheit der sprachlichen Form urheberrechtlich ins Gewicht fallen, mithin eine individuelle Formulierungskunst (BGH GRUR 2002, 958, 959 – *Technische Lieferbedingungen*). Im Hinblick auf technische Darstellungen im Sinne von § 2 Abs. 1 Nr. 7 UrhG hat der BGH im Hinblick auf Normen mehrfach betont, dass an die Individualität von technischen Zeichnungen in Normen keine hohen Anforderungen gestellt werden dürfen (z.B. BGH GRUR 2002, 958, 559 – *Technische Lieferbedingungen* mwN.). Insoweit unterscheiden sich Normwerke grundlegend von bloßen Verzeichnissen, bei denen die darin enthaltenen Angaben – urheberrechtlich betrachtet – Gemeingut sind und die individuelle schöpferische Leistung lediglich in der Auswahl und Anordnung des Stoffes liegen kann (BGH GRUR 2002, 958, 959 – *Technische Lieferbedingungen*).

Danach sind die streitgegenständlichen Normen (**Anlagen K7 bis K12**) durchweg urheberrechtlich geschützt:

- DIN EN 14781 (**Anlage K7**): Diese Norm „Rennräder - Sicherheitstechnische Anforderungen und Prüfverfahren" (englische Fassung) stellt einen sehr umfangreichen Stoff in übersichtlicher, klar gegliederter Form dar. Sämtliche sicherheitstechnischen Anforderungen und Prüfverfahren für Rennräder sind auf insgesamt 79 Seiten (einschließlich Anlagen) dargestellt. Sie beginnen mit einem Vorwort („Foreword"), gefolgt von einer Einleitung („Introduction"). Die eigentliche Norm ist dann unterteilt in die sechs großen Kapitel 1. Scope, 2. Normative References, 3. Terms and Definitions, 4. Requirements and Test Methods, 5. Manufacturer's Instructions und 6. Marking. Insbesondere der Gliederungspunkt 4. Requirements and Test Methods ist dann im Einzelnen stark untergliedert und enthält die Beschreibung der Brake Test and Strength Test – Special Requirements (4.1.), Sharpe Edges (4.2.), Security and Strength of Safety-Related Fasteners (4.3.), Crack Detection Methods (4.4), Protrusions (4.5.), Brakes (4.6.), Steering (4.7.), Frames (4.8.), Front fork (4.9.), Wheels and wheel/tyre assemblies (4.10), Rims, tyres and tubes (4.11.), Pedals and pedal/crank drive system (4.12.), Saddles and seat-pillars (4.13), Drive-chain (4.14), Chain-guard (4.15), Spoke protector (4.16), Lighting systems and reflectors (4.17), Warning device (4.18) und Handling and operation of fully-assembled bicycles (4.19). Diese Abschnitte sind teilweise noch in weitere Ebenen untergliedert, beispielsweise weist der Punkt 4.6 „Brakes" noch acht weitere Untergliederungspunkte auf, der Gliederungspunkt 4.9 „Front fork" sieben weitere Untergliederungspunkte oder der Punkt 4.12 „Pedals and pedal/crank drive system" ebenfalls sieben weitere Unterpunkte auf. In diesem Sinne stellt die Norm DIN 14781 (**Anlage K7**) auch nach der Rechtsprechung des BGH „einen umfangreichen Stoff in übersichtlicher, klar gegliederter Form dar" (siehe nur BGH GRUR 2002, 958, 960 – *Technische Lieferbedingungen*). Hinzu kommen noch die zahlreichen technischen Darstellungen, z.B. auf den Seiten 11, 12, 13, 14, 15, 20, 21, 22, 23, 24, 27, 28, 29, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 44, 46, 48, 49, 51, 52, 53, 54, 55, 57, 58, 61, 62, 63, 64, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73 und 79, die die nicht hohen Anforderungen an einen urheberrechtlichen Schutz gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 7 UrhG erfüllen.

- DIN EN 14782 (**Anlage K8**): Diese Norm betrifft „Selbsttragende Dachdeckungs- und Wandbekleidungselemente für die Innen- und Außenanwendung aus Metallblech – Produktspezifikation und Anforderungen"; es handelt sich um die englische Fassung. Auch für diese Norm gilt, dass sehr umfangreicher Stoff in übersichtlicher, klar gegliederter Form dargestellt wird. Nach einem Vorwort („Foreword") wird auf rund 40 Seiten in schriftlicher und zeichnerischer Form die Norm in übersichtlicher und klar gegliederter Form erläutert, und zwar mit den Hauptgliederungspunkten 1. Scope, 2. Normative References, 3. Terms and Definitions, 4. Requirements, 5. Testing, Assessment and

Sampling Methods, 6. Evaluation of Conformity, 7. Designation, 8. Product Marketing; dabei tragen verschiedene Kapitelüberschriften zahlreiche weitere Gliederungsebenen unterhalb auf, beispielsweise 4. Requirements noch 4.1 Materials, 4.2 Nominal Thickness, 4.3. Mechanical Restistance, 4.4. Water Permeability, 4.5. Vapour and Air Permeability, 4.6. Dimensional Change, 4.7. Dimensional Tolerances, 4.8. Durability, 4.9. External Fire Performance, 4.10. Reaction to Fire, 4.11. Release of Regulated Dangerous Substances. Gleiches gilt auch für die Kapitel 5. und 6., die sogar zwei weitere Gliederungsebenen aufweisen. Außerdem hat diese Norm umfassende Anhänge („Annex"), nämlich Annex A „Multilayer coated steel sheet", Annex B „(normative) Determination of resistance to concentrated forces", Annex C „(normative) Mounting and fixing conditions of the test specimen for reaction to fire testing" und Annex ZA „(informative) Clauses of this European Standard addressing the provisions of the EU Construction Products Directive", die wiederum jeweils weitere Unterebenen aufweisen. Technische Zeichnungen finden sich auf den Seiten 5, 21, 22 und 26.

- DIN EN 1400-1 deutsche Sprachfassung (**Anlage K9**): Diese Norm betrifft „Artikel für Säuglinge und Kleinkinder – Schnuller für Säuglinge und Kleinkinder – Teil 1: Allgemeine sicherheitstechnische Anforderungen und Produktinformationen". Es handelt sich um die deutsche Fassung. Auf insgesamt 21 Seiten wird dort wiederum umfangreicher Stoff in übersichtlicher und klar gegliederter Form dargestellt. Die Norm hat ein „Vorwort" und eine „Einleitung", ist dann insgesamt in sieben Ober-Kapitel (Anwendungsbereich, Normative Verweisungen, Begriffe, Beschreibung eines Schnullers, Anforderungen und Prüfverfahren, Werkstoffe, Konstruktionen, Verkaufsverpackung, Produktinformation, Allgemeines, Verkaufsinformation, Gebrauchsanweisung) unterteilt; die Kapitel 5 und 7 haben wiederum weitere Untergliederungsebenen (5.1. Werkstoffe, 5.2 Konstruktion, 7.1. Allgemeines, 7.2 Verkaufsinformation, 7.3. Gebrauchsanweisung). Ferner gehört ein „Anhang A" dazu, der wiederum fünf Gliederungsebenen aufweist (einem Schnuller ähnelnde Produkte ohne andere Funktion, einem Schnuller ähnelnde Produkte mit einer anderen Nebenfunktion, einem Schnuller ähnelnde Produkte mit einer anderen Hauptfunktion, Produkte für spezielle Anwendungen, Medizinprodukte). Technische Zeichnungen finden sich auf den Seiten 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 16, 17.

- DIN EN 1400-1 englische Sprachfassung (**Anlage K10**): Es handelt sich um die englische Fassung der vorgenannten Norm „DIN EN 1400-1", für die damit ebenfalls urheberrechtlicher Schutz besteht.

- DIN EN 1400-2 deutsche Fassung (**Anlage K11**): Diese Norm betrifft „Artikel für Säuglinge und Kleinkinder – Schnuller für Säuglinge und Kleinkinder - Teil 2: Mechanische Anforderungen und Prüfungen". Diese Norm fasst insgesamt 26 Seiten und stellt ebenfalls umfangreichen Stoff in übersichtlicher, klar gegliederter Form dar, was nach der Rechtsprechung des BGH schon für einen urheberrechtlichen Schutz als Schriftwerk gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 1 UrhG genügt (BGH GRUR 2002, 958, 960 – *Technische Lieferbedingungen*). Nach einem „Vorwort" und einer „Einleitung" hat die Norm insgesamt 6 Ober-Kapitel (Anwendungsbereich, Normative Verweisungen, Begriffe, Beschreibung eines Schnullers, Gebrauchseigenschaften des Schnullers, Prüfung). Das Kapitel 5. Gebrauchseigenschaften des Schnullers ist weiter untergliedert in 5.1 Schlagfestigkeit, 5.2 Durchstichfestigkeit, 5.3 Reißfestigkeit, 5.4 Haltefestigkeit von Knopf, Zapfen und/oder Deckel, 5.5 Beißfestigkeit, 5.6 Festigkeit bei Drehbeanspruchung, 5.7 Festigkeit und Haltbarkeit. Ferner verfügt die Norm über einen „Anhang A einige Beispiele geeigneter Haltevorrichtungen" und einen „Anhang B Schnuller – Bewertung der Normkonformität – Probename Plan und Akzeptanzniveaus für neu hergestellte Proben"; letzterer ist wiederum untergliedert in weitere Unterebenen B1 Allgemeines, B2 Probenentnahme, B3 Akzeptanzniveau, B4 Prüfverfahren und Ablauf, B5 Schwellenwert. Die Norm verfügt wiederum über technische Darstellungen, und zwar auf Seiten 7, 8, 8, 10, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 21, 22, 23.

- DIN EN 1400-2 englische Fassung (**Anlage K12**): Hierbei handelt es sich um die englische Version der vorgenannten Norm, so dass damit auch diese englische Fassung Urheberrechtschutz genießt.

3. Die vorgenannten Normwerke (**Anlagen K7 bis K12**) sind auch nicht gemäß § 5 UrhG vom Urheberrechtschutz ausgenommen. Zwar nehmen die Produktsicherheitsrichtlinie und das deutsche Produktsicherheitsgesetz auf die Normwerke Bezug. Es erfolgt aber eben nur ein Verweis auf diese Normwerke im Amtsblatt der Europäischen Union (**Anlage K14**). Der Wortlaut der vorgenannten Normwerke wird weder durch die Produktsicherheitsrichtlinie noch durch das deutsche Produktsicherheitsgesetz noch in den dazugehörigen Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union wiedergegeben. Damit besteht urheberechtlicher Schutz für die Normwerke gemäß § 5 Abs. 3 S. 1 UrhG.

4. Die öffentliche Zugänglichmachung über law.resource.org gemäß **Anlagen K1 bis K6** verletzt die ausschließlichen Rechte des Klägers gemäß § 19a UrhG.

Die auf law.resource.org öffentlich zugänglich gemachten Normen gemäß **Anlagen K1 bis K6** sind identisch mit den Original „DIN EN"-Normen des Klägers gemäß **Anlagen K7 bis K12** (sieht man einmal von dem vorgeschalteten Cover der Beklagten „Bundesrepublik Deutschland – Edict of Government" ab). Die auf law.resource.org öffentlich zugänglich gemachten Normwerke gemäß **Anlagen K1 bis K6** tragen sogar die ©-Vermerke zu Gunsten des Klägers.

Durch diese „©"-Vermerke wird auch eine Vermutung ausgelöst, dass der Kläger Inhaber der ausschließlichen Rechte ist. „©"-Vermerke begründen eine Vermutung für die Rechtsinhaberschaft nach § 10 Abs. 3 UrhG, wenn sie in Kombination mit einer juristischen Person erfolgen (LG Frankfurt/Main MMR 2010, 465, 466; *Schulze* in Dreier/Schulze, Urheberrecht, 4. Aufl. 2013, § 10 UrhG Rn. 13, 62; *Loewenheim* in Schricker/Loewenheim, Urheberrecht, 4. Aufl. 2010, § 10 UrhG Rn. 19; *Loewenheim* in Loewenheim, Handbuch des Urheberrechts, 2. Aufl. 2009, § 14 Rn. 9; schon vor Inkrafttreten des § 10 UrhG für eine tatsächliche Vermutung: LG Berlin ZUM 2005, 1842, 1843). Ferner verweisen wir auf den ausschließlichen Rechtserwerb des Klägers vom CEN nach dem „CEN Exploitation Agreement on copyright and trademark".

5. Die Wiederholungsgefahr für den Unterlassungsanspruch wird schon wegen der vorangegangenen Verletzung (**Anlagen K1 bis K6**) vermutet. Für eine Widerlegung ist nichts ersichtlich.

Für die Verletzung des § 19a UrhG spielt es auch keine Rolle, dass die Server der Beklagten nicht in Deutschland stehen (höchstwahrscheinlich in den USA). Eine Verletzung in Deutschland ist gegeben, wenn sich die öffentliche Zugänglichmachung im In-

ternet (auch) an die deutsche Öffentlichkeit richtet (EuGH GRUR 2012, 1245 Tz. 39 – *Football Dataco/Sportsradar*; BGH GRUR 2007, 871, 872 – *Wagenfeld-Leuchte*). Die öffentliche Zugänglichmachung der streitgegenständlichen Normen gemäß **Anlagen K1 bis K6** richtet sich eindeutig auch an deutsche Internetnutzer. Es handelt sich um in Deutschland gültige „DIN EN"-Normen; sie sind verfügbar unter „Bundesrepublik Deutschland" und sind teilweise sogar in deutscher Sprachfassung abrufbar.

6. Der Beklagte zu 2. haftet als Täter. Die Haftung der Beklagten zu 1. ergibt sich aus § 31 BGB, ihr wird die Verletzung des Beklagten zu 2. als ihr Organ zugerechnet. Die Beklagte zu 1. hat auch die Verantwortung für die öffentliche Zugänglichmachung ausdrücklich übernommen („Published by Public Resource Org").

III.

Im Hinblick auf die erforderliche Zustellung der Klage in die USA bitten wir um eine englische Übersetzung der Klage und darum, uns die Kosten aufzugeben. Im Hinblick auf die deutschsprachigen **Anlagen K3** und **K5** sowie **K 9** und **K 11** gehen wir davon aus, dass keine Übersetzung erfolgen muss, weil es sich um die deutschsprachigen Versionen der **Anlagen K4** und **K6** beziehungsweise **K10** und **K12** handelt. Die offizielle englische Version der Produktsicherheitsrichtlinie (**Anlage K13**) und des Amtsblatts der Europäischen Union (**Anlage K14**) fügen wir als **Anlage K15** bzw. **Anlage K16** bei.

Nach hiesigem Kenntnisstand wird die förmliche Zustellung an eine Partei in den USA durch ein privates Unternehmen (PFI) durchgeführt. Dieses Unternehmen verlangt für seine Dienstleistung nach unserem letzten Stand USD 95,00 pro zu fertigendes Zustellungszeugnis. Die Gebühr muss im Voraus durch den Antragsteller bezahlt und ein entsprechender Einzahlungsbeleg vorgelegt werden. Wir bitten, uns diese Einzahlung kurzfristig aufzugeben, insbesondere auch die beim Gericht verfügbare Bankverbindung der Firma PFI uns mitzuteilen und um

Angabe des Gerichts, wie die erfolgte Einzahlung bei PFI gegenüber dem Gericht nachzuweisen ist.

2 Beglaubigte und 2 einfache Abschriften sowie Verrechnungsscheck als Gerichtskostenvorschuss in Höhe von EUR 1.638,00.

BOEHMERT & BOEHMERT

Prof. Dr. Jan Bernd Nordemann, LL.M.
Rechtsanwalt

Anlagen:
2 Beglaubigte und 2 einfache Abschriften
Anlagen K1 bis K16
Verrechnungsscheck

Für die Richtigkeit
Rechtsanwalt

Landgericht Hamburg
Beglaubigt
Lindner
Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle